



Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben kritisiert Landesregierung scharf

Erfurt. Die Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben hat die Landesregierung scharf kritisiert. Vorsitzender Peter Hammen sagte dem MDR THÜRINGEN, Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht verweigere "jedes direkte Gespräch" mit den in der Allianz zusammengeschlossenen rund 100 Bürgerinitiativen. Die Landesregierung weist den Angriff zurück. Es sei schlicht keine Notwendigkeit für ein Gespräch zu erkennen, da das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren laufe, sagte Regierungssprecher Peter Zimmermann dem MDR THÜRINGEN. In den Gesetzentwurf selbst seien die Vorschläge der Bürgerallianz eingeflossen. Der damalige Minister Peter Huber habe sehr viel Wert auf Kommunikation, "weit über das normale Maß hinaus", gelegt, sagte Zimmermann.

Was der frühere Innenminister Huber an Vorschlägen zur Reform der Kommunalabgaben vorgelegt habe, sei eine "Katastrophe", sagt dagegen Peter Hammen von der Bürgerallianz. Sollte Thüringen seine Kommunalabgabe-Politik nicht ändern, drohe der Freistaat zu einem * so wörtlich - "Unrechtsstaat" zu werden. Hammen zeigt sich optimistisch, dass die Allianz mit ihrer Forderung nach Abschaffung der Kommunalabgaben erfolgreich sein werde. Grüne und Linke würden die Positionen unterstützen und die Landesregierung sei dadurch gezwungen worden, einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen.

Jan Schönfelder / Jens Christof